

BETREUTES DENKEN – NANCY FAESER UND DIE ISLAMISTEN

Der ideologische »Kampf gegen rechts« macht blind für die wahren Gefahren

Was Meinungsfreiheit anlangt, setzt die inzwischen gescheiterte »Ampel«-Regierung fort, wo Angela Merkel, die grüne Kanzlerin der Großen Koalition, aufhörte. Innenministerin Nancy Faeser (SPD) und Lisa Paus (Die Grünen) als Cheflobbyistin rot-grüner Vorfeldorganisationen engagieren im großen Stil steuerfinanzierte zivilgesellschaftliche »Aktivisten« und »Nichtregierungsorganisationen«. Die bauen für sie die sogenannte Zivilgesellschaft zu einem »Bollwerk gegen Extremismus« aus. Der italienische Kommunist Antonio Gramsci hat das in seinen *Gefängnisheften* vor gut hundert Jahren als »Integralen Staat« beschrieben, der die kulturelle Hegemonie der herrschenden Klasse um jeden Preis verteidigen wolle.

Über die »Demokratiefördermaßnahmen« sind zig Vorfeldorganisationen, die den linken Parteien nahe stehen, staatsfinanziert damit engagiert, für »Diversität, Identität und Gleichstellung« zu werben, rastlos einen angeblichen Rassismus der Mehrheitsgesellschaft zu beklagen und acht Jahrzehnte nach Hitlers Selbstmord unermüdlich gegen »Nazis« aufzustehen und vor der AfD als Wiedergeburt des ewigen Nazi zu warnen. Sie geißeln in diesem Bündnis von Parteienherrschaft und (linker) Zivilgesellschaft Klimakatastrophen, fossile Energien, Kapitalismus und Patriarchat. Parallel dekonstruieren sie Grammatik und Sprache, bannen Bücher, löschen jahrhundertealte Straßennamen und entfernen anstößige Kunstwerke von Plätzen und aus Museen. Sie halten sich für die Speerspitze des Fortschritts. Sie nennen sich »woke«, was »wach« oder »erweckt« heißt, und bauen so an der Herrschaft der Erweckten.

Wer wie der Verfasser dieser Zeilen noch aus der analogen Steinzeit stammt, wo zwei und zwei vier ergibt, unabhängig davon, wer rechnete, stolpert nun immer häufiger darüber, dass selbst die Mathematik als weiß und patriarchal gilt, Sprache Gewalt ist und Wissenschaft sexistisch. Angesichts der weltweiten Exzesse ethnischer Gräueltaten verwundert auch die Behauptung, dass nun »wissenschaftlich« nur noch hellhäutige Menschen Rassisten sein können, oder, obwohl Geschlechter offiziell für obsolet erklärt wurden und keine Rolle mehr spielen, »heteronormatives

Verhalten« jetzt »toxisch« ist. Solche Ideen scheinen flächenbrandartig um sich zu greifen. Alle Welt plappert sie nach. So steht der Albtraum Hannah Arendts wieder auf. Die besuchte im Winter 1949/1950 erstmals wieder Deutschland und verfasste anschließend für die US-amerikanische Zeitschrift *Commentary* den Essay »The Aftermath of Nazi Rule: Report from Germany«. Darin berichtet sie, dass der »wohl hervorstechendste und auch erschreckendste Aspekt deutscher Realitätsflucht« in der Haltung liege, systematisch Tatsachen zu Meinungen zu erklären und Meinungen als Fakten zu präsentieren.

»Die Lügen totalitärer Propaganda unterscheiden sich von den gewöhnlichen Lügen, auf welche nichttotalitäre Regime in Notzeiten zurückgreifen, vor allem dadurch, daß sie ständig den Wert von Tatsachen überhaupt leugnen: Alle Fakten können verändert und alle Lügen wahr gemacht werden. Die Nazis haben das Bewußtsein der Deutschen vor allem dadurch geprägt, daß sie es darauf getrimmt haben, die Realität nicht mehr als Gesamtsumme harter, unausweichlicher Fakten wahrzunehmen, sondern als Konglomerat ständig wechselnder Ereignisse und Parolen, wobei heute wahr sein kann, was morgen schon falsch ist.«¹

2024 kosten allein die Programme »Zusammenhalt durch Teilhabe« und »Demokratie leben!« ca. 212 Millionen Euro. Da die Projekte »zur Förderung der Demokratie und zur Stärkung gesellschaftlicher Vielfalt« fast alle einseitig identitätspolitisch und diversitätsambitioniert sind, tragen sie selten zur innergesellschaftlichen Befriedung bei. Aus dieser Sicht sind die »Feinde der Demokratie« grundsätzlich indigen und rechts. Wobei »rechts« sehr weit gefasst ist. Dazu zählen inzwischen einstige Grüne und Sozialdemokraten, und auch CDU-Mitglieder müssen es sich gefallen lassen, dass Jungjournalisten des Staatsfernsehens sie »Nazis« nennen. Jedes »rechte« Denken wird bald wohl als »gesichert rechtsextrem« denunziert und vom politisch-kulturellen Establishment mit einer innerstaat-

lichen Feinderklärung belegt. Mit dem Appell, dass Migrationsenthusiasten sich nicht bloß auf Stephen Jay Goulds *The Mismeasure of Man* (1981/1996) berufen, sondern eventuell dazu auch Charles Murrays *The Bell Curve* (1994) lesen, stößt man auf taube Ohren.

Meines Wissens sieht die Stellenbeschreibung von Ministern keinen Erziehungsauftrag gegenüber Bürgern vor. Trotzdem beauftragen Faeser und Paus zahllose Initiativen, Stiftungen und Vereine, um ihren Arbeitgebern, dem Volk als Souverän, Nachhilfe in aufrechter Gesinnung zu geben. Wer unbetreut und selber denkt, denkt im Zweifelsfall falsch. Das betreute Denken vollzieht sich analog zur Impfflogik des Corona-Regimes: Alle Bürger stehen bei der vormundschaftlichen Obrigkeit präventiv unter Generalverdacht. Erst wer beweist, dass er richtig denkt, darf vollumfänglich am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Wem der Staat die Bürgerrechte abspricht, entscheidet die Obrigkeit, verkörpert durch Faeser, Paus oder Thomas Haldenwang, der als Chef des Inlandsgeheimdienstes weisungsgebundener Untergebener von Faeser ist.

Theoretisch soll der Verfassungsschutz Gefahren für die freiheitliche Ordnung identifizieren und die Regierung darüber aufklären. Es ist nicht seine Aufgabe, Bürger einzuschüchtern oder ihre individuelle Gesinnung zu kontrollieren. Er soll auch nicht die Opposition bekämpfen oder Menschen davon abhalten, für aus Regierungssicht falsche Parteien zu stimmen. Doch Haldenwang sieht das offenbar so. Unlängst überraschte er mit der Auskunft, er verteidige die Meinungsfreiheit. Auf die Frage nach einem islamischen Kalifat sagte er, das sei »eine denkbare Staatsform von ganz vielen, die es weltweit gibt«. Das klingt so, als wäre das Bestreben, die Scharia einzuführen, kompatibel mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Das ist insofern bemerkenswert, als Haldenwang andererseits ein »fremdenfeindliches Argumentationsmuster« darin erkennt, wenn jemand von der »Islamisierung der Gesellschaft« spricht. Denn die findet seines Erachtens nicht wirklich, sondern nur »angeblich« statt. Daher rangiert für ihn bereits das Thematisieren der »vermeintlich zunehmenden öffentlichen Dominanz von Musliminnen und Muslimen« unter »rechtsextrem«.

Da möchte man ihm mit Ralf Schuler zurufen, dass ein islamischer »Gottesstaat keine reformierte Variante des demokratischen Rechtsstaats« ist, sondern dessen genaues Gegenteil. Wo zugewanderte Muslime den Rahmen von Gedankenspielerereien verlassen und daran gehen, das Abschaffen der säkularen Verfasstheit des Landes zu organisieren, ist seine Behörde dringend

gefordert, vor derlei Umtrieben zu warnen, statt kostbare Zeit und Mittel darauf zu verschwenden, Dossiers über in Ungnade gefallene liberal-konservative Vorgänger zu erstellen. Anders als die Kalifat-Fans will Ex-Verfassungsschutzchef Hans-Georg Maaßen nachweislich weder die Grundrechte beseitigen noch eine totalitäre Theokratie errichten.

Offensichtlich erfasst Haldenwang nicht, welche Bedrohung der politische Islam für jede freiheitliche Ordnung darstellt. Erste Opfer der immer offener auftretenden Islamisten sind bekanntlich stets aufgeklärte und friedliebende Muslime, von denen sich viele längst auch in Deutschland nur noch unter Polizeischutz bewegen können, weil sie durch als »Schutzsuchende« eingereiste Extremisten an Leib und Leben bedroht sind. Da gäbe es für den Chef-Verfassungsschützer viel zu tun, aber das scheint er genauso nachlässig zu behandeln wie seine Dienstherrin im Innenministerium.

Beim Fördern gewünschter Gesinnung setzt die Regierung Prioritäten. Schon das letzte Merkel-Kabinett gab 2016 das Hundertfache dessen für den »Kampf gegen rechts« aus, was sie in den Kampf gegen Linksextremismus steckte. Der Islamismus blieb gar dritt-rangig, was nicht nur angesichts der vielen blutigen Attacken und Toten bemerkenswert ist. Dabei gab es schon damals weit mehr gewaltbereite Anhänger des Propheten als rechtsradikale Eingeborene. Anteilig zur Gesamtbevölkerung kam bereits 2016 etwa ein Dutzend amtlich erfasster Islamisten auf einen notorischen deutschen Neonazi. Zudem ist die größte gewaltbereite als rechtsradikale Organisation geführte Gruppe in Deutschland ein türkischer Import.

Die »Grauen Wölfe« oder »Bozkurtlar« verfügen über geschätzt 18.000 Mitglieder in rund dreihundert Ortsgruppen. Die sich selbst »Ülkücüler« oder »Idealisten« nennenden türkischen Ultranationalisten sind von Haus aus das, was man klassische Faschisten nennen muss. Sie aber arbeiten bei Bedarf auch mit radikalen Religiösen zusammen, etwa wo es gegen Israel geht. Sie agieren weltweit, verüben politische Morde, Bombenanschläge und Ähnliches. Ihre bevorzugten Ziele sind Kurden und Aleviten, aber Juden und Griechen mögen sie genauso wenig, was an ihrer völkischen Ideologie liegt. Für sie sind die Turk-Stämme allen anderen Artgenossen überlegen und sollten sich zu einem großtürkischen Reich zusammenschließen.

Das alles wissen auch Polizei und Bundesverfassungsschutz. Dennoch löste Faeser Anfang September

1 Hannah Arendt: »Die Nachwirkungen des Naziregimes«, in: dies.: In der Gegenwart. Übungen im politischen Denken II. München 2000, S. 42 f.

2022 den erst im Juni 2021 gegründeten Expertenkreis »Politischer Islamismus« auf. Das geschah vierzehn Tage nach dem Attentat auf Salman Rushdie und zeitnah zur Ermordung der 22-jährigen Mahsa Amini in Iran. Die Kurdin hatte das Verbrechen begangen ihr Haupthaar nicht komplett unter einem Tschador zu bedecken. Dafür wurde sie von Revolutionswächtern verhaftet und in Polizeigewahrsam totgeprügelt. Gleichwohl glaubt Faeser, dass die größte Gefahr für die Demokratie von ethnodeutschen Rechtsextremen ausgeht. Die verortet sie pauschal in der **AfD** oder unter »Reichsbürgern«. Ihr Adlatus Haldenwang liefert dazu die intellektuell anspruchslose Expertise.

Die Bundesanwaltschaft dagegen hat zwangsläufig mehr mit der Realität im Lande zu tun. Sie beschäftigt sich derzeit überwiegend nur noch mit Islamisten. Anders als der Verfassungsschutz, der hauptsächlich »Propagandadelikte« erfasst – die allein schon deswegen zunehmen, weil selbst Kritik an vormundschaftlich-autoritären Verbotsdenken der Grünen und der Vergleich mit dem nationalsozialistischen Maßnahmenstaat nach Entscheidungen höchster Gerichte Volksverhetzung ist –, was die Statistik verzerrt, weil Haldenwangs Schlapphüte und die zivilgesellschaftlichen Denunziationsportale nur selten linke und islamistische Propagandadelikte zählen. Es entsteht ein realistischeres Bild, wenn man sich wie die Karlsruher Bundesanwaltschaft um konkrete Terrorgefahren und »staatsgefährdende Kriminalität« kümmern muss. Da sprechen die Zahlen eine andere Sprache: Laut der *Neuen Züricher Zeitung* vom 31. Dezember 2021 hatte die Behörde 2020 dreihundertzweiundsiebzig Verfahren gegen Islamisten eingeleitet, zehn gegen Rechtsextremisten und vier gegen Linksextremisten.

Nennenswerter personeller Zuwachs im extremistischen, terroristischen Milieu findet nur bei Islamisten statt. Die haben – anders als gewaltbereite Rechtsextremisten und selbst die Antifa – keinen Mangel an jungen, hochmotivierten Rekruten. Selbst der Verfassungsschutz räumt ein, dass »die Bundesrepublik für den islamischen Staat (IS) und al-Kaida noch immer ein Hauptzielland« ist. Weiß man zudem, dass die Haldenwang-Truppe jede Hakenkreuzschmiererei sowie alle ungeklärten antisemitischen Parolen, Angriffe und Überfälle automatisch dem rechtsextremen Spektrum zuordnet, wird klar, dass radikale Religiöse eine größere Gefahr für die innere Sicherheit darstellen als Neonazis oder »Reichsbürger«. Jede antiisraelische Demonstration in deutschen Städten seit dem 7. Oktober 2023 zeigt das.

Spätestens seit der Hamas-Attacke ist offensichtlich, dass es längst weit mehr gewaltbereite Mohammed-Anhänger als traditionelle Hitler-Fans im Land gibt und nun zugereiste rechtsradikale Judenhasser und einheimische Linksextremisten Verbrüderung auf deutschen Straßen feiern.

Legt Nancy Faeser den erst im Jahr zuvor gegründeten Expertenkreis dazu auf Eis, demonstrierte sie, dass sie das Problem nicht wahrnehmen will.

Ihre Geste war ein klares Signal an die islamischen Verbände, ähnlich wie die Nichtreaktion von Kanzler Olaf Scholz auf den Affront von Mahmut Abbas bei dessen letztem Besuch in Berlin, wo der neben dem Kanzler stehend öffentlich den Holocaust verniedlichte. Dabei dürfte selbst Faeser wissen, dass die meisten Attacken auf Deutsche jüdischen Glaubens inzwischen von zugewanderten Muslimen ausgehen.

Fluide Identitäten

Wie erwähnt ist Nancy Faeser nicht allein. Lisa Paus, ihre grüne Kollegin im Familienressort, die sich selbst zur »Bundesgesellschaftsministerin« ernannt hat, lässt virtuelle Pranger errichten, wo Denunzianten anonym andere Bürger anschwärzen können, um sie angeblicher Hassrede zu bezichtigen. So rückt sie Meinungsäußerungen, die »unterhalb der Strafrechtsgrenze« liegen, in die Nachbarschaft von mörderischem Rassismus. Und sie nutzt Paus auch dazu, das steuerfinanzierte und bei genauer Betrachtung als »gesichert linksradikal« zu bezeichnende Petz-Portal der langjährigen Stasi-Agentin Anetta Kahane, um Oppositionelle einzuschüchtern und den großen Rest auf Linie zu bringen. Der britische Philosoph Roger Scruton bemerkte 2014 in seinem Buch *How to Be a Conservative*:

»Die Meinungen der Mehrheit können falsch sein, die Wünsche der Mehrheit können bössartig sein, die Stärke der Mehrheit kann gefährlich sein. Deshalb gibt es jemanden, der wichtiger ist als die Mehrheit, nämlich die Person, die anderer Meinung ist. Diese Person müssen wir schützen.«²

Wer die Politik der selbsternannten »Fortschrittskoalition kritisiert, erlebt in Deutschland etwas anderes. Und der Prozess, die kulturelle Hegemonie der Linken, über schwammig formulierte Gesetze gegen »Hass und Hetze« oder gegen »Volksverhetzung« rechtlich zu zementieren, geht nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit – weil von den regierungsnahen Medien verschwiegen – immer weiter. Nicht nur in Deutschland, auch in der **EU**. So ist – ohne dass darüber öffentlich

diskutiert worden ist – über die letzten beiden Jahre der sogenannte Digital Services Act in der EU in Kraft getreten. Das Gesetzkpaket ist der bislang massivste Angriff der EU-Granden auf die Meinungsfreiheit. Es geht auf das Betreiben der deutschen Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und des französischen Kommissars Thierry Breton zurück, zweier nie gewählter Bürokraten, die qualifikationsbefreit Gott auf Zeit spielen. Offiziell soll die Verordnung die 450 Millionen EU-Bürger vor »Hassrede« und »Desinformationskampagnen« schützen, indem sie Social-Media-Plattformen dazu zwingt, »umstrittene Inhalte« zu löschen. Angesichts globaler Pandemien und Kriege vor der Haustür möchte die EU-Obrigkeit sich die Deutungshoheit bei politischen Konflikten sichern. Und wie beim »Netzwerkdurchsetzungsgesetz« (NetzDG), welches der damalige Justizminister Heiko Maas im Herbst 2017 für die Merkel-Regierung erarbeitete, um sogenannte »Compliance-Regeln im Netz« durchzusetzen und vermeintliche »Hasskriminalität einzudämmen«, ist auch der Digital Services Act eine Blaupause für Zensur. Nicht wenige Autokratien haben schon Interesse bekundet, die EU-Vorlage zu kopieren, weil das Regelwerk ein so geräuscharmes wie effektives Instrument zum Ersticken unliebsamer Meinungen ist. Laut einer Studie des dänischen Thinktanks Justitia nutzen derweil über ein Dutzend Länder die Vorlage des deutschen NetzDG, darunter Venezuela, Russland, Kenia, Malaysia, die Philippinen und Indien. Wo immer Machthaber Debatten beschneiden und Gegner mundtot machen wollen, verfügen sie nun über ein adrettes Etikett. Auch der Digital Services Act, bemüht bewusst schwammige Formulierungen, die sich beliebig auslegen lassen. »Hate Spech« und »Fake News« sind dehnbare Begriffe, mindestens so elastisch wie die Ethik eines Berufspolitikers.

Dass Klaus Müller, der Chef der Bundesnetzagentur, die dem Wirtschaftsministerium Robert Habecks unterstellt ist, zum »Digital Services Coordinator« ernannt wurde, lässt Böses ahnen. Eigentlich soll Müller mit seiner Agentur für ein funktionales Strom- und Telefonnetz sorgen und sich um Postwege und Schienen kümmern. Da gäbe es viel zu tun. Doch der Volkswirt Müller kümmert sich lieber um die Neuinterpretation der Grundrechte im Grundgesetz. Also wird er von der Regierung ermächtigt, die Öffentlichkeit vor angeblich fragwürdigen Inhalten im Internet zu »schützen«, obwohl das Strafrecht das bereits tut. Wer Terror verherrlicht, dazu aufruft oder die Persönlichkeitsrechte Einzelner verletzt, kann dafür angezeigt und von einem

Gericht verurteilt werden. Doch wie Lisa Paus will nun auch Müller Äußerungen gebannt wissen, die grundsätzlich durch die Meinungsfreiheit geschützt sind. Das tut auch er nicht selbst, zu viele Behördenmitarbeiter würden dann wohl zur Überwachung des eigenen Volkes eingesetzt. Dazu setzt auch er externe Kräfte ein, sogenannte »trusted Flaggers«, also »vertrauenswürdige Flaggenwedler«, die andere denunzieren. Stoßen Müllers Fahنشwenker auf ihrer Ansicht nach Anstößiges im Netz, melden sie das seiner Netzbehörde. Die verfügt dann, dass das jeweilige Netzwerk den inkriminierten Inhalt umgehend löschen muss und die Quelle gegebenenfalls zu blockieren hat. Anderenfalls zahlt sie empfindliche Strafen oder das gesamte Netzwerk wird gesperrt. Der erste durch Müller ernannte »trusted Flagger« ist die durch die Grünen ins Leben gerufene und von Paus finanzierte »Meldestelle REspect!« der Jugendstiftung Baden-Württemberg. Eine Überraschung ist das kaum noch.

Die staatlich finanzierte Petzer-Plattform REspect! leitet nach Recherchen des Nachrichtenmagazin *nius* ein gewisser Ahmed Gaafar. Gaafar hat als ägyptischer Islamwissenschaftler enge Verbindungen zur fundamentalistischen Al-Azhar Universität in Kairo. Auf X posierte er mit dem Hamas-Unterstützer Ahmed al-Tayyib, der seit 2010 als Imam an der Al-Azhar wirkt und offen judenfeindlich ist. Nur zur Erinnerung: Zwölf Lehrer der Al-Azhar-Universität unterzeichneten die »Fatwa« gegen Farag Foda, der daraufhin vier Tage später auf offener Straße erschossen wurde. »Religionsgelehrte« derselben Universität riefen auch zum Mord an dem ehemaligen Muslimbruder und Islamkritiker Hamad Abdel-Samad auf. Der kann sich seit Jahren nun nur noch unter Polizeischutz bewegen. Alle, die es wissen wollen, könnten wissen, dass die al-Azhar eine der geistigen »Quellen« der Muslimbruderschaft ist, die Hass auf Juden und Christen verbreitet und Terror im Namen der Religion gutheißt. Trotzdem wird ihr »Imam« al-Tayyib auch in Deutschland hofiert. Er war sogar zu Gast im Bundestag. Das wiederum ist wohl dem Treiben seines Schülers und Bewunderers Gaafar zu verdanken, der nun als Müllers »trusted Flagger« eine von Paus gesponserte Denunziationsplattform leitet, finanziert aus Geldern des Programms »Demokratie leben!«, die ihre Stuttgarter Parteigenossen ins Leben gerufen haben.

2 Roger Scruton: Von der Idee konservativ zu sein. München 2019, S. 65.

Dieser Text ist ein von der Redaktion bearbeiteter Auszug aus dem Buchprojekt Das Migrationsparadies.